

Contra Universitäten sind wichtig: Wir brauchen innovative Forschung, vielfältige Lehre und gesellschaftspolitische Relevanz. Dazu brauchen wir aber keine „starken“ (synonym: „mächtigen“) Präsidenten. Im Gegenteil!

Dass eine Präsidentin oder ein Präsident (synonym: Rektorin/Rektor) charakterlich und fachlich stark sein soll, steht außer Frage. Gleiches gilt für die Fähigkeit, zu überzeugen und perspektivisch zu denken. Dies ist auch nicht die „Stärke“, um die es hier geht.

Über die hier relevante „Stärke“ der Präsidenten entscheidet ausschließlich das jeweilige Hochschulgesetz.

„Stärke“ ist qua Gesetz zugeschriebene Macht: Gibt es laut Hochschulgesetz einen Senat ohne faktische Entscheidungsmacht, einen an den Präsidenten gekoppelten Hochschulrat, vom Präsidenten zu bestätigende Dekane und autonomielose Fakultäten, dann sprechen wir von einem „starken“ Präsidenten. In diesem Präsidialsystem entscheidet eine Person alleine über Berufungen und Budgets, über Forschung und Lehre, über Eröffnung und Schließung von Lehrstühlen, Fachrichtungen sowie Fakultäten und über den Außenauftritt der Universität.

Eine derartige Machtansammlung gibt es in keiner westlichen Demokratie und kaum in wirtschaftlich ausgerichteten Organisationen oder Verbänden jenseits von der FIFA. Selbst amerikanische Spitzenuniversitäten haben eher starke Dekane als starke Präsidenten.

Feudalismus mag Ego-Needs von Amts-„Inhabern“ befriedigen: In unserer dynamisch-digitalisierten Welt mit faszinierendem Wettbewerb, wo permanent durch spontane Verknüpfungen neue Chancen und Risiken entstehen, ist sie aber genauso unzeitgemäß wie zentrale Planwirtschaft.

„Starke“ Präsidenten umgeben sich mit Menschen, die ihnen zustimmen. Wenn dann noch ein handverlesenes Präsidium, ein erweitertes Präsidium ohne Kompetenzen und systembedingte gehorsame Dekane daneben stehen, gibt es keine „zweite“ Meinung, nennenswerte Kritik und Kontrolle.

„Starke“ Präsidenten folgen ihren persönlichen Präferenzen und können „ihre“ Universität in jede beliebige Richtung steuern. Sieht ein Präsident irgendwo „Exzellenzpotenzial“, wird die gesamte Universität darauf ausgerichtet und anderes „eingedampft“. Hilfreich sind dabei die unmittelbar den Präsidenten zugeordneten „strategischen“

»Gute« Präsidenten brauchen kein Präsidialsystem, »schlechte« Präsidenten dürfen keines bekommen!«

Budgets, mit denen sie „ihre“ Richtung freihändig unterstützen.

„Starke“ Präsidenten sichern ihre Macht durch permanent neue organisatorische Einheiten ab: Wie bei einem schwarzen Loch werden immer mehr Gelder, Räume und Menschen benötigt. Zwangsläufige Konsequenz: Unwirtschaftlichkeit, Fehlsteuerung, Bürokratie, Intransparenz und Demotivation.

„Starke“ Präsidenten können für zwei Jahrzehnte den Weg der Universität bestimmen: Ihre erste Wiederwahl stellen sie sicher, indem die Findungskommission alle Gegenkandidaten aus dem Weg räumt; danach inthronisieren sie ihre eigenen Nachfolger.

„Starke“ Präsidenten sind nicht zwangsläufig professionelle Präsidenten mit visionärem Weitblick, zwischenmenschlichen Kompetenzen und betriebswirtschaftlichem Sachverstand. Sie verkörpern auch nicht zwangsläufig akademische Exzellenz. Eher verfügen sie über die Fähigkeiten, mit universi-

tätsexternen und -internen Lobbygruppen zu koalieren.

Sicherlich gibt es zum Glück Universitäten, in denen durch Hochschulgesetze erstarkte Präsidenten Macht nicht ausnutzen und mit weiser Hand Konsens suchen. Diese Fälle sind aber keine Rechtfertigung Präsidialsysteme.

Alternativ zu Präsidialsystemen stehen föderalistisch agierende Fakultäten mit autonomen Fakultätsräten, in denen final über Forschung, Lehre und Berufungen entschieden wird. Dies setzt unter anderem Globalbudget auf Fakultätsebene und zentrale Verwaltung als Service Center voraus.

Trotzdem brauchen Universitäten kompetente Präsidenten, die bei fakultätsübergreifenden Themen für „ihre“ Universitätsstrategie stehen. Dies bedeutet, die Präsidentenwahl nicht länger als Generalvollmacht zu begreifen, sondern es bedeutet, alle Weichenstellungen und Implementierungen fortlaufend durch einen völlig unabhängigen Senat verbessern und genehmigen zu lassen, der in einem demokratischen Prozess auch „Nein!“ sagen kann.

Politiker und Professoren tun gut daran, neue Hochschulgesetze auf den Weg zu bringen, die eine zeitgemäß-partizipative University Governance ermöglichen, anstatt weiter autokratische Präsidialsysteme auszubauen. Wirklich starke Präsidenten werden diese Demokratisierung unterstützen.

AUTOR



Professor **Christian Scholz** ist Inhaber des Lehrstuhls für Organisation, Personal- und Informationsmanagement an der Universität des Saarlandes.